

16. MAI 1960



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/ZV/111 - 14. Mai 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Bewährungsprobe</u> Die Welt blickt auf Paris Von Günter Kerkseffell	92
3	<u>"Nachgewiesene Schmiergelder"</u> Rechts- und sittenförmig - aber legalisiert Von Kunz von Kauffungen, Bern	42
4 - 6	<u>Das Dach über dem Kopf</u> Von Helene Wessel, MdB	151
7 - 8	<u>Sind die 50jährigen überflüssig?</u> Das Verhältnis von Jugend und Macht Von Waldemar von Knoeringen, Stellvertretender Vorsitzender der SPD	66

* * *
* * *

Bewährungsprobe

Die Welt blickt auf Paris

Von Günter Markscheffel

Nur ganz Abgebrühte und hoffnungslose Ignoranten werden in dieser Woche, da die Gipfelkonferenz in Paris beginnt, das Weltgeschehen teilnahmslos an sich vorübergehen lassen. Die anderen werden täglich in den Zeitungen, am Rundfunk und am Fernsehen miterleben wollen, ob die "Großen Vier" gewillt sind, das über uns allen lastende Spannungsfeld zu entladen, oder ob sie weiterhin darauf beharren, daß nur die Verwirklichung ihrer Vorstellungen der Welt den Frieden bringen kann. Es wird in den nächsten Tagen auch nicht an Versuchen fehlen, durch Falschmeldungen, Zweckberichterstattung und "Versuchspallons" die Position der einen oder anderen Seite so günstig wie nur möglich darzustellen.

Und trotzdem: Bei dem zu erwartenden Wirrwarr wird es doch einen Kompaß für die Beurteilung der Vorgänge in Paris geben. Jede Seite, die versuchen sollte, ihre Vorschläge zur Lösung der Weltprobleme so darzustellen, als ob nur sie allein recht hätte, als ob sie nur den Stein der Weisen gefunden habe, beschwört die Gefahr eines Scheiterns der Gipfelkonferenz herauf. Die Weltprobleme und besonders das Verhältnis zwischen Ost und West sind fünfzehn Jahre nach der militärischen Niederwerfung der Hitler-Diktatur so kompliziert geworden, daß wahrscheinlich nur noch ein langsames aber zielbewußtes Aufeinanderzugehen im Sinne einer Kompromißlösung zu Resultaten führen wird, welche die Welt von heute aufatmen lassen könnte.

Das Mittel der Gewaltanwendung, und zwar der Gewaltanwendung mit den modernsten Waffen, gilt heute in Washington und Moskau gleichermaßen als irrsinnig. Beide Seiten verfügen über soviel militärische Macht, daß sie in Ernstfälle in der Lage wären, den Gegner zu zerstören und nicht nur den direkten Gegner, sondern auch ihre ganze Umwelt. Wer den ändern zerstört, zerstört sich selbst. Das Gleichgewicht des Schreckens ist also vorhanden, und deswegen können wilde Drohungen - ganz gleich, von welcher Seite sie kommen - nur als der untaugliche Versuch der Einschüchterung, aber nicht als ein Mittel der Politik gewertet werden.

Deshalb sind Zwischenlösungen eine zwingende Notwendigkeit. Sie bieten sich sowohl bei der Erörterung militärischer Probleme wie bei dem der Abrüstung an und selbstverständlich auch bei den Verhandlungen über die Lösung der politischen Probleme.

Daraus ergibt sich eine Reihe von Möglichkeiten der Synchronisierung, des Vorprellens und Abwägens, wie es zum Beispiel seit Jahren bei der Diskussion über das Deutschland-Problem der Fall ist.

Niemand wird von der Gipfelkonferenz in Paris erwarten, daß sie bereits zu fertigen Resultaten führt. Aber die Hoffnung von Millionen und Abermillionen Menschen wird auf den Punkt gerichtet sein, an dem alle an der Konferenz beteiligten Mächte erklären, daß sie auf die Anwendung der Gewalt verzichten wollen. Wenn die "Großen Vier" diese Hoffnung enttäuschen, droht sich in der Welt ein schrecklicher Nihilismus auszubreiten. Denn wenn viele Millionen Menschen an den Fähigkeiten ihrer Staatsoberhäupter zweifeln, werden sie in tiefster Resignation das "Leben auf den Tag" für die einzige Maxime ihres Handelns halten. Es mag auch in früheren Zeiten ähnliche Situationen gegeben haben. Aber damals waren immer nur kleine Völkergruppen davon berührt. Heute steht das Schicksal der Welt auf dem Spiel; was Moskau oder Washington entscheiden, wirkt sich unmittelbar auch im südlichsten Afrika und im fernsten Asien aus.

Wir Deutschen wären froh, wenn in Paris bescheidene Anfänge einer militärischen Entspannung zwischen Ost und West sichtbar werden würden. Wir hätten dann die Hoffnung, daß in der darauffolgenden Periode Ansätze zu erfolgversprechenden Verhandlungen über unser Schicksal gefunden werden könnten. Wir sind auch der Meinung - im Gegensatz zur Politik der Bundesregierung - , daß gerade wir initiativ im Sinne einer militärischen Entspannung wirksam werden sollten. Es genügt nicht, daß wir sagen, wir schließen uns jeder Vereinbarung über eine irgendwie gearbete weltweite Abrüstung an. Wir müssen selbst sagen, welchen Beitrag wir schon im Vorfeld dieser notwendigen weltweiten Abrüstung zu leisten gewillt sind, ohne hierbei unsere Sicherheit infrage zu stellen.

Solange wir dies nicht tun, sollten wir uns nicht beklagen, wenn nichts geschieht, was zur Lösung unserer nationalen Probleme förderlich sein kann. Der Status quo - das heißt, die Beibehaltung des jetzigen Zustandes der Spaltung Deutschlands und Europas - mag eine Atempause sein, ist aber keine Politik des Fortschritts und der Liquidation des zweiten Weltkrieges.

In einem solchen Zusammenhang gesehen ist Berlin ein Teilproblem. Gewiß, bei dem Versuch, die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht der Westberliner Bevölkerung zu sichern, geht es um die Grundsätze der Freiheit überhaupt. Hier muß der Westen seine Bewährungsprobe ablegen, die darin besteht, eine solche Politik zu entwickeln, die gleichzeitig der Erhaltung der Freiheit dient und Wege zur Überwindung der isolierten Behandlung des Berlin-Problems öffnet.

Es sei uns zu Beginn der Gipfelkonferenz gestattet, auf eine Tatsache hinzuweisen, die allzu oft vergessen wird. Nach dem zweiten Weltkrieg schickten sich der Osten und der Westen an, die Welt neu zu ordnen. Sie versprachen dieser Welt den dauerhaften Frieden. Keine der an diesem großen Werk beteiligten Mächtegruppen war geleitet von den Ideen des demokratischen Sozialismus, und bis heute sind gerade diese Ideen aus dem Ringen zwischen Ost und West ausgeschaltet, obwohl viele Millionen Menschen sich heute zum demokratischen Sozialismus bekennen. Das Ergebnis dieser Ausschaltung war und ist bis zum heutigen Tage die Politik des "Entweder-Oder". Sie hat uns an den Rand des Abgrundes geführt, der umso grauenvoller ist, je länger es dauert, bis die Vernunft dieses "Entweder-Oder" verdrängt. Man sollte gerade in den kommenden Tagen darüber nachdenken und den Ideen des demokratischen Sozialismus im Ringen zwischen Ost und West mehr Gehör schenken, als man es bisher getan hat.

"Nachgewiesene Schmiergelder"

Von Kunz von Kaufungen, Bern

Die Revisionskommission des Kantons Zürich hat einen erstaunlichen Entscheid getroffen, der der altüberlieferten Rechtsauffassung nicht nur in der Eidgenossenschaft einen Tiefschlag versetzt. Der Wortlaut des Beschlusses lautet wörtlich:

"Nachgewiesene Schmiergelder sind, unbekümmert um die Rechts- und Sittenwidrigkeit, von Einkommen voll abziehbar, sofern sie zu den beruflich notwendigen Ausgaben gehören."

Allerdings, so führt ein weiteres Gutachten der gleichen Kommission aus, "müssen diese Aufwendungen glaubhaft belegt werden."

Der Berichterstatter ist dieser kuriosen Angelegenheit nachgegangen. Amtlich als "rechts- und sittenwidrig" bezeichnete Handlungen, die legalisiert werden und im gleichen Atemzug zu dieser Legalisierung belegt werden müssen, schienen ihr eine Diskrepanz, die seinem laienhaften aber logischen Empfinden widersprach. Dadurch aber, daß die Rechtsauffassung anscheinend auch zu den relativen Begriffen gehört, wurde er eines Besseren (oder Schlechteren) belehrt.

Geschäftsbeziehungen, die heutzutage oft unter dem Tisch angeknüpft, oder durch die nach hinten gehaltene offene Hand besiegelt werden, sind kein Geheimnis mehr. Sie müssen nur in der Weise vorgenommen werden, daß keine Gerüchte aufsteigen, meinte man. Nun steckt aber doch das Finanzamt seine Nase direkt hinein und rümpft sie dabei nicht im geringsten. Der Zweck heiligt die Mittel und was dem Export hilft, ist nicht sakrileg, sondern Sakrifizium gegenüber der bisher gültigen Auffassung, denn der Entscheid der Züricher Steuerbehörde betrifft im Allgemeinen die Werbungskosten für das Ausland.

Schmiergelder werden in der Hauptsache aber an Ausländer gegeben, die die Schweiz als Abnehmer zu gewinnen trachtet. Diese wiederum brauchen nicht zu fürchten, aus der Anonymität heraustreten zu müssen, auch wenn ihre Quittungen als Dokumente den schweizerischen Steuerbehörden vorliegen. Diese sind gegenüber dem Ausland hyperdiskret.

Es soll damit nun nicht gesagt sein, daß die Schweizer selbst für derartige Gunstbezeugungen der Unternehmer nicht auch eine Ader besäßen. Nur ist das aus den angegebenen Gründen oben schwieriger, weil sonst für die "nachzuweisenden" Schmiergelder doch wieder Schmiergelder bezahlt werden müssten und ob diese dann auch abzugsberechtigt bleiben, darüber müsste erst ein neuer Ukas herausgegeben werden, oder aber die Empfänger wären gehalten, diese zusätzlichen Einkommen zu versteuern. Damit aber würde die Rechts- und Sittenwidrigkeit Präzedenz und - um die Geschäftssprache zu benutzen - zur handelsüblichen Usance.

Das Dach über dem Kopf

Von Helene Wessel, MdB

Der Bundestag wird sich in nächster Zeit mit dem Bundesbaugesetz und mit dem Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Mietrecht beschäftigen. Dazu sind die amtlichen Ergebnisse der Bautätigkeit im Jahre 1959 in der Bundesrepublik von besonderem Interesse.

Wie das Statistische Bundesamt in einer Untersuchung in "Wirtschaft und Statistik" (Heft 3/1960) feststellt, sind in der Bundesrepublik, einschließlich Saarland und Berlin im Jahre 1959 rund 591 000 Wohnungen errichtet worden. Die Zahl der 1959 errichteten Wohnungen überstieg die des Jahres 1958 um 73 000 oder 14 v.H. Von den rund 591 000 Wohnungen wurden im Saarland etwas mehr als 10 000, in Berlin 23 000 Wohnungen gebaut. Für Berlin ist das höchste Jahresergebnis seit 1955 festzustellen.

Auf die Länder verteilt betrug der Rohzugang an Wohnungen (vorläufige Zahlen)

Schleswig-Holstein	25 300	Wohnungen
Hamburg	22 100	"
Niedersachsen	62 600	"
Bremen	10 800	"
Nordrhein-Westfalen	179 100	"
Hessen	47 400	"
Rheinland-Pfalz	31 100	"
Baden-Württemberg	80 900	"
Bayern	95 600	"
Saarland	10 400	"
Berlin-West	23 300	"

Eine bemerkenswerte Feststellung der Untersuchung ist, daß die Bautätigkeit im Jahre 1959 sich stärker dem Bau größerer Wohnungen zugewandt hat. Auf der anderen Seite nimmt die Zahl der Einfamilienhäuser zu, vor allem jener, die nur eine Wohnung umfassen, in denen weder eine zweite vollwertige Wohnung noch eine Einliegerwohnung für Angehörige vorgesehen ist.

Dabei sind die Wohnungsverhältnisse in den einzelnen Gemeindegrößenklassen verschieden. In den Gemeinden, die weniger als 50 000 Einwohner haben, betrug die Zahl der Wohnungen je Wohngebäude im Neubau 1,92, in den Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern dagegen 3,65. Gegenüber dem Jahre 1958 mit seinem ungewöhnlich geringen Bauergebnis ist die durchschnittliche Zahl der Wohnungen in den kleineren Gemeinden etwas zurückgegangen, während sie in den größeren Gemeinden seit 1957 gestiegen ist. Diese Entwicklung ist auf die Zunahme des Bauens von Einfamilienhäuser zurückzuführen, das sich infolge des Baulandmangels der Großstädte in zunehmenden Maße in den kleineren Gemeinden vollzieht. Die Großstädte, die Einfamilienhäuser bauen wollen, weichen in die Randgemeinden der Großstädte aus. Außerdem ist, wenn vorerst auch nur in geringerem Umfang, der Bau massiver Wochenendhäuser in den kleinen Gemeinden festzustellen.

Zug zu größeren Wohnungen.

Eine weitere bemerkenswerte Feststellung ist, daß sich in zunehmendem Maße die Bautätigkeit größeren Wohnungen zuwendet, vor allem werden die Wohnungen in den Einfamilienhäusern größer. Die durchschnittliche Raumzahl der Wohnungen stieg von 3,8 im Jahre 1956 auf 4,0, wobei Küchen als Raum mitgezählt worden. Die Raumzahl der Wohnungen ist am höchsten dort, wo in stärkerem Maße Einfamilienhäuser errichtet werden, das sind die Gemeinden unter 50 000 Einwohnern.

Im Zuge dieser Entwicklung zu größeren Wohnungen ist der Anteil der Klein- und Kleinstwohnungen (bis zu drei Räumen einschließlich Küche) immer mehr zurückgegangen. Er beläuft sich nur noch auf etwa 33 v.H. gegenüber 44 v.H. im Jahre 1956. Die Wohnungen mit vier und mehr Räumen, von denen im verflissenen Jahr rund 393 000 bezugsfertig wurden, haben demgegenüber ihren Anteil von 56 v.H. im Jahre 1956 auf 55 v.H. in den kleineren Gemeinden. Noch ausgeprägter ist das Bild bei den Wohnungen mit fünf und mehr Räumen, denn von den 144 000 Wohnungen dieser Größe wurden knapp 98 000 (etwa 68 v.H.) in den Gemeinden mit weniger als 50 000 Einwohnern erstellt.

Gegenüber 1958 hat sich die Zahl der Wohnräume wie folgt geändert:

Von 100 Wohnungen hatten in den Gemeinden

	<u>unter</u> 50 000 Einwohner		<u>über</u> 50 000 Einwohner	
	1959	1958	1959	1958
1 und 2 Räume	5	5	15	14
3 "	23	26	25	29
4 "	42	42	42	42
5 und mehr Räume	30	27	18	15

Unterschiedliche Bautätigkeit

Der Umfang der Bautätigkeit war in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich. An der Spitze lagen Bremen mit 159 und Hamburg mit 122 Wohnungen auf je 10 000 Einwohner, an 3. Stelle folgte Nordrhein-Westfalen mit 116. Je nach der Struktur der Länder und nach Art und Umfang der Bautätigkeit in den Gemeindegrößenklassen sind die Anteile der Wohnungen ihrer Größe nach verschieden. In Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein ist der Anteil der Wohnungen mit 5 und mehr Räumen besonders hoch. In Berlin und Hamburg dagegen treten die Wohnungen mit 1 und 2 Räumen stärker hervor. Für alle Länder gilt, daß der Prozentsatz der größeren Wohnungen in den Gemeinden unter 50 000 Einwohnern jeweils über dem Landesdurchschnitt liegt; der Anteil der Kleinstwohnungen geht dagegen in den Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern beträchtlich über den Landesdurchschnitt hinaus.

Was die Frage angeht, wer die Wohnungen im Jahre 1959 gebaut hat, ist festzustellen, daß ebenso wie in den Vorjahren die Bautätigkeit von privaten Bauherren getragen wurde. Unter dieser Gruppe sind die Haushalte; aber auch die Unternehmen der Wirtschaft einschließlich der freien Wohnungsunternehmen zusammengefaßt. Auf diese Gruppe entfallen

rund 68 v.H. der fertiggestellten Wohnungen. Unter ihnen sind besonders die privaten Haushalte als Bauherren von Einfamilienhäusern erwähnenswert. Es wird betont, daß gerade der Familienheimbau im letzten Jahre durch das reichliche Angebot von Hypotheken und durch den bis Mitte des Jahres niedrigen Kapitalzins erleichtert sein dürfte. Der Anteil der von gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen getragenen Bauvorhaben betrug 1959 rund 29 v.H. der fertiggestellten Wohnungen. Von dieser Wohnungsgruppe sind in erheblichem Umfang Wohnungen für Zonenflüchtlinge und Aussiedler errichtet worden. Trotzdem ist ihr Anteil am Gesamtwohnungsbau gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Wie sich hier die Entwicklung künftig vollziehen wird, wird sich aus den Fertigstellungen der Wohnungen des Jahres 1960 ableiten lassen.

Rückgang des öffentlichen Wohnungsbaus

Dem öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau sind 1959 schätzungsweise 313 000 Wohnungen zugegangen. Das entspricht einem Anteil von 54 v.H. Verglichen mit den Jahren 1958 und 1957 wurden im Berichtsjahr 1959 von je 100 fertiggestellten Wohnungen im sozialen Wohnungsbau errichtet:

	1959	1958	1957
Schleswig-Holstein	53	50	63
Hamburg	78	73	82
Niedersachsen	48	48	48
Bremen	82	81	84
Nordrhein-Westfalen	70	67	63
Hessen	46	44	49
Rheinland-Pfalz	43	36	33
Baden-Württemberg	40	40	41
Bayern	32	31	33
Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)	53	51	52
Berlin-West	90	91	91

Die reinen Baukosten je Wohnungseinheit (also ohne Grundstücks-, Aufschließungs- und Nebenkosten) haben sich für Neubauten auf 25 300 DM erhöht. Die Gründe dafür dürften vornehmlich in der Vergrößerung der Wohnungen, in Veränderungen der Grund- und Aufrisse der Gebäude und in der Verbesserung der Ausstattung zu suchen sein. Hinzu kommen die Preissteigerungen am Baunarkt, die jedoch in ihrer Bedeutung gegenüber den qualitativen Faktoren vielfach überschätzt worden. Die Kosten je obm umbauten Raumes erhöhten sich von 60,-DM. auf 64,-DM. Diese Durchschnittssätze treffen selbstverständlich nicht auf bestimmte Wohnungs- oder Bauwertstypen zu. Die Kosten einer Wohnungseinheit in einem Einfamilienhaus liegen über, in Mehrfamilienhaus unter dem genannten Durchschnitt.

Baukonjunktur hält an

In einem Ausblick auf die voraussichtliche Entwicklung des Wohnungsbauens im Jahre 1960 wird von der Feststellung ausgegangen, daß um die Jahreswende 1959/60 " 432 000 Wohnungen im Bau waren und für weitere 178 000 Wohnungen Genehmigungen vorlagen, die aber noch nicht begonnen waren. Bauüberhang und Baugenehmigungen machten zu Beginn 1960 mehr als 600 000 Wohnungen aus. Auch wenn ein Teil der Baugenehmigungen nicht ausgenutzt und nicht alle genehmigten Bauten noch im Laufe des Jahres 1960 begonnen werden, so kommen auch andererseits neue Vorhaben hinzu, bei denen unmittelbar im Anschluß an die 1960 erteilte Genehmigung die Arbeiten einsetzen und sie verhältnismäßig schnell fertig gestellt werden. Aus diesen Feststellungen und den zu Beginn des Jahres 1960 ermittelten Wohnungen die im Bau waren, kommt das Statistische Bundesamt zu dem Ergebnis, daß für das Jahr 1960 mit einer günstigen Zahl von Wohnungszugängen zu rechnen sei. + + + - 7 -

Sind die 50jährigen überflüssig?

Von Waldemar von Knoeringen,
Stellvertretender Vorsitzender der SPD

"Die über 50jährigen sollten es als ihre vornehmste Aufgabe betrachten, sich überflüssig zu machen". Dieser in einer Presskonferenz gesprochene Satz lief, aus dem Zusammenhang gerissen, über die Fernschreiber einer Nachrichtenagentur und erschien gedruckt in vielen Zeitungen. Jeder Leser konnte ihn nach seinen Vorstellungen auslegen. Die "Süddeutsche Zeitung" hat mit ihrer eleganten Vereinfachung meiner Worte ("Streiflicht" vom 4. Mai 1960: "Es sei an der Zeit, sagte Waldemar von Knoeringen, daß die 50jährigen Platz machen sollten für die Jungen".) die allgemeine Vereinfachung getroffen - Bundestagsabgeordnete inbegriffen. Wenn die über 50jährigen schon überflüssig seien, hat mir in dieser Woche ein empörter Abgeordneter bedeutet, dann solle ich einstweilen auch gefälligst ihre Arbeit übernehmen, bis die Jungen endgültig regieren können. Der Zorn aller über 50jährigen ist mir sicher. Nicht nur die über 50jährigen verdienen, beruhigt zu werden. Das von mir am 1. Mai in Karlsruhe aufgeworfene Generationenproblem ist bedeutend genug, es darf nicht, durch einen Satz entstellt, mißverstanden im Raum stehen bleiben.

Es ist kein Zweifel: Die Generation der über 50jährigen, vor allem der über 50jährigen Politiker, wurde in zwei Weltkriegen, in schweren Machtkriegsjahren und nicht zuletzt in den Jahren nationalsozialistischer Diktatur dezimiert. Der zweite Weltkrieg hat die Probleme der Menschheit nicht gelöst. Ungeheuer groß, von einem einzelnen Menschenhirn kaum faßbar, sind die Aufgaben der Gegenwart. Sie schließen ein die Grenzfrage des Überlebens oder des durchaus möglichen Unterganges der Menschheit. Wer von der älteren Generation das Jahr 1945 überlebte, wurde im Aufbau der Machtkriegsjahre, und wie auch heute noch, ständig überfordert. Dazu kommt, daß die heute 35- bis 50jährigen im zweiten Weltkrieg einen ungeheuren Blutzoll entrichten mußten, daß sie einfach nicht in der Lage sind, eine normale Generationenablösung vorzunehmen und alle Führungskräfte zu stellen.

Ob wir es wünschen oder nicht, ob wir es wollen oder nicht: die Generation der heute 35jährigen wird vor der Zeit in verstärktem Masse in Positionen politischer Verantwortung, in Positionen der Macht

hineingestellt. Das Verhältnis von Jugend und Macht wird aktuell. Dieses Problem brennt uns auf den Nägeln. Darüber kann nicht einmal ein 84-jähriger hinwegtäuschen, der an der Spitze der Bundesregierung steht. Es wird unvermeidlich sein, daß die Ablösung der Generation der über 50-jährigen nicht wie in früheren Zeiten, langsam, organisch und auf weite Sicht erfolgt. Es wird Sprünge geben. Nach und neben den 70-jährigen werden die halb so alten in Positionen der Würde und der Verantwortung einrücken. Dieser Generationsprung darf nicht die Kontinuität der Entwicklung gefährden.

Was ist in dieser Situation die Aufgabe der über 50-jährigen? Sollen sie, mit Arbeit überhäuft, von einer Terminflut gehetzt, verbissen schaffend, die Stunde des Herzinfarkts erwarten? Sollen sie dem Zufall überlassen, wer einmal ihren Platz einnehmen wird? Sollen sie die Frage der Nachfolge regeln, indem sie beharrlich über die Misere des jetzigen Zustandes schweigen? Ich bin der festen Überzeugung, daß ein älterer Politiker, der um die Lücken in seiner Generation weiß, die Pflicht hat, noch zu seinen Lebzeiten fähige junge Menschen zu suchen. Er hat die Pflicht, ihnen zu helfen, sie in Stellungen politischer Verantwortung und Macht hineinzuführen, damit nicht eines Tages das Abtreten der Alten eine Krise bringt.

In diesem Zusammenhang sprach ich in Karlsruhe den Satz: "Die über 50-jährigen sollten es als ihre vornehmste Aufgabe betrachten, sich überflüssig zu machen". Das heißt: sie sollen neben der Erfüllung ihrer Aufgaben dafür sorgen, daß Menschen der jungen Generation zur Übernahme verantwortlicher Positionen befähigt werden.

Ich habe in Bayern dazu beigetragen, daß fähige junge Politiker heute neben den über 50-jährigen stehen, mit ihnen arbeiten und von ihnen lernen können. Ich trete auch in Bonn als stellvertretender SPD-Vorsitzender dafür ein, daß sich in der SPD - nicht überhastet, doch Zug um Zug - die Generationenablösung und der damit verbundene Strukturwandel der Sozialdemokratischen Partei vollzieht: denn die junge Generation soll nicht unvorbereitet Aufgaben übernehmen, die über die Zukunft aller entscheiden.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel